

A U S Z Ü G E

aus der Presse der

I N T E R N A T I O N A L E N K O M M U N I S T I S C H E N

P A R T E I

(übersetzt aus: "Il Programma Comunista", "Programme Communiste",
"Le Proletaire")

I N H A L T

1. "Unheilbarer Kretinismus der Forderung, die Faschisten zu
entwaffnen" (S.3)
2. Die Laufbahn des Labourismus (S.9)
3. Kommunistische Organisation und kommunistische Disziplin
(S. 19)
4. Widersprüche des japanischen Imperialismus (S. 28)

Nr. 3. September 1974

"UNHEILBARER KRETINISMUS DER FORDERUNG, DIE FASCHISTEN
ZU ENTWAFFNEN"

(aus Programma Comunita, Nr. 12 vom 15.6.74)

Wenn das Attentat von Brescia nicht Ausdruck einer allgemeinen Kräfteentfaltung der neofaschistischen Tendenzen war - denn dafür ist die politische Situation offensichtlich nicht "reif" - , kann es auch nicht als reine Randerscheinung betrachtet werden. Es ist auch nicht auf isolierte Individuen zu beschränken, die durch mehr oder weniger "absurde" und "unmögliche" der "Vergeltung" angetrieben wurden, und in diesem besonderen Fall auch aus "Verzweiflung" über... die laufenden Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Regierung oder über die wenigen kürzlich vollzogenen Scheinverhaftungen in AUSSERPARLAMENTARISCHEN Rechtskreisen.

Diese Interpretation ist künstlich und eigennützig; nicht zufällig wird sie von allen verfassungsmässigen und demokratischen Kräften akzeptiert und verbreitet, die sich zur Wahrung der bestehenden ZIVILEN ORDNUNG und der REPUBLIKANISCHEN INSTITUTIONEN erheben. Sie wützen sie mit dem unausbleiblichen Hinweis auf die "entgegengesetzten Links- und Rechtsradikalen" und mit der offenen Solidarität mit der Repression gegen die "Radikalen, die der Arbeiterbewegung fernstehen": hatten diese "Provokateure" ja die Idee, Leute und Lokale der neofaschistischen Bewegung mit wahrhaft wenig parlamentarischen Methoden zu bearbeiten, wenn auch nicht mit solchen, die sie in die Luft sprengen könnten. Daraufhin werden dann die faschistischen Lokale mit Polizeiketten geschützt... "in Ehrerbietung den unschuldigen Opfern".

In dieser Form kann obige Interpretation - und warum auch nicht - ohne weiteres von jenen guten und wohl bekannten Ordnungshüter angenommen werden, der... MSI heisst (Movimento Sociale Italiano, die neofaschistische Parteiorganisation, oder besser deren offizielle und parlamentarische Vertretung). In der Tat hat auch die CISNAL (neofaschistischer Gewerkschaftsbund) ihre Zustimmung zu dem VIERSTÜNDIGEN Proteststreik gegeben, der von CGIL (von der KPI geführter Gewerkschaftsbund), CISL (von der sozialistischen Partei geführter Gewerkschaftsbund) und UIL (von der DC geführter Gewerkschaftsbund) ausgerufen wurde.

Damit "vergisst" oder schiebt man die Tatsache beiseite, dass die "schwarzen Bombenleger" die Verlängerung der MSI sind (mit oder ohne Frack), und dass die MSI selbst nicht durch eine Art höllische Zeitmaschine vom PRÄHISTORISCHEN 24.4.45 auf unsere Tage übertragen wurde (bekanntlich glaubt der gute Bourgeois; dass die "neue Geschichte" am

Tage nach der "Befreiung" begann), sondern im Klima und mit dem Segen der demokratischen Verfassung und der von Togliatti proklamierten Amnestie entstand und florierte, und kürzlich mit der DC die Rolle der mehr oder weniger konfessionellen Verkörperung des Traditionalismus teilte, in der Episode des Referendums über die Aufhebung der an sich schon so beschränkten Scheidungsgesetze.

Aber auch eine Losung oder ein einfacher Slogan wie jener, die WIE JENER VERBOT DER MSI oder (was praktisch auf dasselbe hinausläuft) ENTWAFFNUNG DER FASCHISTEN, giesst nur Wasser auf die sich schon so schnell drehenden Mühlen des demokratischen Kritinismus, und das gerade angesichts einer Frage deren jetzige und künftige Bedeutung nicht genügend hervorgehoben werden kann.

Als ob die Arbeitermassen "Schutz" von Seiten des demokratischen bürgerlichen Staates erwarten könnten, der die Faschisten nicht nur kontrolliert, sondern in bestimmten Momenten beschützt und auch offen begünstigt, um sie schliesslich sogar zur Führung der Regierung oder zum Kanzleramt zu rufen und der auf jeden Fall die Avant-garde der Arbeiterklasse im Namen des souveränen Gesetzes, das bekanntlich "für alle" gleich ist, IMMER entwapfnet und unterdrückt und schliesslich die Arbeiterklasse in ihrer GESAMTHEIT zur gegebenen Stunde dem faschistischen Schlächter ausliefert!

Sehr treffend klagte Trotzki 1934-35 die Strategen der Volksfront (besonders in Frankreich) des "Unheilbaren Krétinismus der Forderung, die Faschisten zu entwapfnen" an - und seine Worte klingen wie die unserer Strömung 1921-22 als sie die Führung der KPI innehatte.

Dieser "unheilbare Krétinismus" muss von den revolutionären Elementen umso mehr nicht nur in Worten aus schärfste bekämpft werden, als die sogenannten Arbeiterparteien solche Forderungen zusammen mit der ausdrücklichen Gewaltablehnung, mit dem Bestehen auf den bedingungslosesten Respekt vor dem Gesetz und Treue zur Staatsverfassung stellen - ganz zu schweigen von deren verleunderischen Angriffen gegen die mehr oder minder konsequenten Verfechter verschiedene Klassenkampfmethoden, die gerade deshalb den Faschisten gleichgestellt werden - nicht zufällig waren und sind die "Theoretiker" der Volksfronten gerade die Stalinisten, die Entdecker des TROTZKI-HITLERISMUS, der als LINKSRADIKAL VERKLEIDETEN GESTAPO usw.

Zu den Arbeitgebern und zum bürgerlichen Staat sprechen die Berlinguer und die Gewerkschaftsführer genau wie die französischen Stalinisten und Sozialdemokraten jener Volksfrontphase, welche sie selbst fordern und preisen: "von uns habt ihr nichts zu befürchten. Wie könnt ihr uns die Entwapfnung der Faschisten ablehnen?". Aber Trotzki sagte: "wann hat die Bourgeoisie je einen, den sie nicht fürchtete, etwas

zugestanden?".

Wenn die heutigen italienischen faschistischen Sturmabteilungen auch zahlenmäßig begrenzter sind als die CROIX DE FEU von LA ROCQUE, die CA MELOTS DU ROI, die CAGOULARDS und ähnliche französische Gruppierungen von damals, die dann im Regime von Vichy zusammenflossen, so sind sie gewiss nicht so begrenzt, wie es der ganze Bogen "demokratischer Parteien" glauben machen will, der sich austobt, "Phantasmen von Saló(1) heraufzubeschwören, um sie dann mit einem christlich-demokratischen Riesenkreuz und den Knoblauch der Gewerkschaftsküche auszutreiben. (wie Trotzki am 9. Juni 1918 sagte, "wird" die Revolution "Bourgeoisie ins Grab stossen, und ihr kein Kreuz, sondern einen Pfahl daraufsetzen". So und nicht anders lässt man die faschistischen Vampire für immer verschwinden. Dennoch ist es gewiss, dass die Kapitulationsmethoden, die Methoden der Klassenkollaboration - dazu ein Satz aus dem CORRIERE DELLA SERA vom 29.5.74: "in Italien wie in den anderen europäischen Länder gibt es keine Wirtschaft mehr, die ohne Gewerkschaftskollaboration gelenkt werden könnte", - die "besorgten" oder drohenden Empfehlungen, "die Provokationen nicht anzunehmen", "sich nicht auf die Stufe des Feindes herabzusetzen" (den alten Predigten Turatis und Matteotis ähnlich: "seid brav, seid fromm, auch die Feigheit ist Heldentum"), alle diese langer Zeit eingebürgerten Praktiken K A S T R I E R E N das Proletariat zum alleinigen Vorteil des Faschismus, d.h. der GROSSBOURGEOISIE. In der Tat bekämpft das Monopolkapital auf politischer Ebene seine Krisen mit zwei sich abwechselnden Lösungen, Volksfronten und Faschismus, mit einer ganzen Reihe von Übergangsphasen (Bonapartismus, New-Deal usw.), jedoch immer mit der Tendenz zum STARKEN STAAT, der bei fortgeschrittenen Grade der Krise NOTWENDIGERWEISE mit den auch nur unmittelbarsten Bedürfnisse der Massen zusammenprallen muss. Zur selben Zeit muss er drastische Massnahmen zur Rationalisierung und Zentralisierung des Produktionsapparates und eine dementsprechendes politisches und staatliches Gefüge durchsetzen, - eben der Faschismus, mit seiner Zerstörung jeglicher (auch der kapitulationistischsten) Arbeiterorganisation, der Einführung einer ganzen Reihe von "Reformen von oben" im Rahmen eines Wirtschaftskrieges und einer dementsprechenden Erhöhung der Ausbeutung der Arbeitskraft...

Wer beschuldigt heute wie gestern die Revolutionäre, "dem Faschismus in die Hände zu arbeiten"? Abgesehen von den ewigen Sozialdemokraten, Meister der Kanzelpredigt, des "Burgfriedens" oder der "Aussöhnung" usw., sind diese Beschuldigungen gerade die Lieblingsmelodien der Stalinisten, die doch in China 1927, in Deutschland 1933, in Spanien 1939 und in Chile 1973 "ihre Triumphe feierten". Diese Leute, die eine erprobte Patentlösung haben, wie man NIEDERLAGEN organisiert, bereiten sich auch heute wieder zum x-ten Male darauf vor,

kurzfristig den BEGRENZTEN Aktionen der Faschistenbanden nachzugeben, und langfristig den massiven Angriffe der "aussergewöhnlichen" Repressionskräfte des bürgerlichen Staates, die selbstverständlich "von ganz gewöhnlichen" Apparat der DEMOKRATISCHEN Polizei und Justiz, denen die Stalinisten untertänigst den Stiefel lecken - eingeläutet, unterstützt und fortgesetzt.

"Wenn bei der unvermeidlichen Abrechnung - und es wird eine furchtbare Abrechnung geben! - die stalinistische La-kaenbande, gedungener Abenteurer und zynischer Bürokraten für diese Delikte zahlen müsste, könnte man auch sagen, 'das geschieht ihnen recht!'. Das Übel aber ist, dass die Proletarier sie bezahlen werden". Soweit Trotzki. Und er geht weiter in seinen Angriff gegen das sozialdemokratische-stalinistische Propagandaarsenal, dass seitden den Opportunismus in Volksfrontstil beseelt:

"bei der politischen Entwaffnung des Proletariats tragen vor allem dafür Sorge, dass es sich nicht materiell bewaffnet. Die Propaganda dieser Herrschaften unterscheidet sich in nichts von den religiösen Sermonen über die Überlegenheit der moralischen Prinzipien. Engels, mit seiner Behauptung, dass die Staatsmacht eine Frage der bewaffneten Banden ist, und Marx, der Den Aufstand für eine Kunst hielt, erscheinen den heutigen Abgeordneten, Senatoren und Bürgermeister der Volksfront wohl als mittelalterliche Wilden".

Nichts ist für das Proletariat so gefährlich - und das besonders unter den heutigen Bedingungen - wie das verüsste Gift falscher Hoffnungen. Nichts regt die Frechheit der Faschisten mehr an, als der "Pazifismus" der Arbeiterorganisationen. Nichts zerstört mehr das Vertrauen der Mittelklassen in das Proletariat, als die abwartende Passivität und das Fehlen seiner Kampflust."

Meint man vielleicht, dass die Bildung von Arbeitermilizen die Angriffe der Faschisten und die Repression der Regierung "proviziert"? Dann handelt es sich um ein absolut reaktionäres Argument. Der Liberalismus hat den Arbeitern immer gesagt, dass sie mit ihren Klassenkampf die Reaktion "hervorrufen". Diese Beschuldigungen haben die Reformisten gegen die Marxisten, die Menschewicki gegen die Bolschewicki wiederholt. Sie reduzieren sich in Endeffekt aber auf die tiefgründige Idee, dass, wenn die Unterdrückten sich nicht rühren würden, die Unterdrücker sich nicht gezwungen sähen, zurückzuschlagen. Es ist die Philosophie von Tolstoi und Gandhi, aber auf gar keinen Fall von Marx und Lenin. Wenn L'HUMANITE (Organ der KPF) nunmehr die Theorie entwickeln will, dass man dem Bösen ohne Gewalt widerstehen soll, sollte sie als Symbol nicht Hammer und Sichel, Emblem der russischen Revolution, annehmen, sondern die heilige Ziege, die Gandhi mit ihrer Milch nährte.

"Aber die Bewaffnung der Arbeiter ist nur in einer revo-

lutionären Situation angemessen, die heute noch nicht besteht". Dieses tiefschürfende Argument bedeutet, dass sich die Arbeiter schlagen lassen müssen, bis die Situation revolutionär wird. Eine revolutionäre Situation fällt nicht vom Himmel. Sie wird durch die aktive Mitwirkung des Proletariats und seiner Partei geschaffen".

Wie man sieht, haben sich die Argumente der Stalinisten nicht verändert, und unterscheiden sich genau wie in der Vergangenheit überhaupt nicht von denen der Sozialdemokraten. Die Gewalt ist absolut was schlimmes, sie ist DAS BÖSE, sie ist FINSTERNIS, es sei denn, es handelt sich um die Rettung der Demokratie (d.h. der demokratischen STAATSEINRICHTUNGEN, d.h. "der besten Einrahmung" des entwickelten Kapitalismus) und ihres Inhaltes, sowie der relativen Interessen, die keine "strikten Klasseninteressen" sind. In jeder Fabrikversammlung, in jeder Ausgabe der sogenannten kommunistischen und sozialistischen Zeitungen, bei jeder Kundgebung, zögert kein Propagandist des "zivilen Miteinanderlebens" davor -- von Pajetta (Führer der KPI) bis hin zu bescheideneren Gewerkschaftsfunktionären --, den alten Verräter Mac Donald beizupflichten: "Der Sozialismus glaubt nicht an Gewalt".

"An die Gewalt nicht glauben -- schrieb Trotzki 1925 -- ist dasselbe, wie an die Anziehungskraft der Erde nicht zu glauben. Das ganze Leben wird von manigfaltigen Formen der Gewalt, vom Sich-Ausbalancieren zweier Kräfte, bestimmt. Auf die Befreiende Gewalt zu verzichten, bedeutet die Gewalt der Unterdrücker zu unterstützen, die die Welt von heute beherrscht. (...) Was bedeutet schliesslich in der Praxis die Ablehnung der Gewalt? Sie kann nur bedeuten, dass die Unterdrückten sich der Gewalt gegen den kapitalistischen Staat nicht bedienen dürfen; weder die Arbeiter gegen die Bourgeoisie, noch die Bauern gegen die Grundbesitzer (...). Der Staat, dieses bluttriefende Werkzeug einer jahrhundertalten Gewalt erfüllt Mac Donald nur mit dem Gefühl des ehrfürchtigen Gehorsams" -- dasselbe gilt auch für seine Nachfolger.

Während die Opportunisten sich damit "vertrösten", mit Allende zu rufen, dass "wer Recht hat, hat die Macht" (aber schon Babeuf behauptete, dass "wer die Macht hat, hat auch Recht", und Blanqui, dass "wer Eisen hat, hat auch Brot!") müssen die Ereignisse von Brescia von den Revolutionären als Gelegenheit benutzt werden, sich die Losungen der "Arbeiter-selbstverteidigung" mit den angemessenen, passend strukturierten und ausgerüsteten Kampforganisationen wieder zu eigen zu machen. Diese ist die einzige Alternative, sei es zum Klassenverrat, der darin besteht, ausgerechnet von den mehr oder weniger direkten Auftraggebern der faschistischen Mördern Schutz zu erflehen, sei es zum feigen (und genauso kapitalistischen) Pseudoradikalismus, der darin besteht, den Teilkampf unter den Vorwand abzulehnen, den entscheidenden

Zusammenstoss— die Apokalypse! — abzuwarten. Dazu Trotzki, 1934: "Wenn die Faschisten einen Revolutionär unbringen, oder den Sitz einer Arbeiterzeitung in Brand stecken, müssen die Arbeiter philosophisch feststellen: 'Aha! Die Morde und die Brandstiftungen sind das Ergebnis der kapitalistischen Systems', und mit ruhigen Gewissen nach Hause gehen. Die militante Theorie von Marx wird durch eine fatalistische Nieder geschlagenheit zum ausschliesslichen Wohl des Klassenfeindes ersetzt".

Diese allgemeine Orientierung muss in gleicher Weise den verschiedenen leeren, zweideutigen oder unzulänglichen Losungen von "militanten Antifaschismus" und "proletarischen Antifaschismus"-und dgl. entgegengesetzt werden, insofern sie Manöver und Bestrebungen zur Bildung von höchst ohnmächtigen MIKRO-VOLKSFRENTEN decken (deren winzige Ausmasse machen sie darüberhinaus zur Karikatur einer Karikatur des Klassenkampfes); höchst ohnmächtig aber ebenso schädlich wegen ihrer Konvergenz (die schon schlimm genug wäre, wenn sie nur objektiv wäre) mit der vorherrschenden demokratischen Mystifikation der "Vereinigung aller ehrlichen Bürger gegen die Verbrecher".

Die Faschisten sind schon heute (und schon immer!) Handlanger von Kräften, die alles andere als ausserparlamentarisch sind, und alles andere als den "demokratischen politischen Kreisen" fern, von denen der Sozialdemokratismus sich den Mund fusselig redet (die Finanzierer der Faschisten sind nicht nur die kleinen Fische, sondern auch Haie — siehe Cefis, Boss von Montedison-Konzerne und seine "schwarzen Fonds" — die die Fäden des "freien Spiels der parlamentarischen Kräfte" bewegen); morgen werden sie direkte Agenten der "Wahrung der Ordnung" sein. Gegenüber den Angriffen der Faschisten, können die Arbeiter nur in sich selbst Vertrauen haben und es ist Aufgabe der Revolutionäre — wie schon 1921 unter der Obhut der Kommunistischen Partei Italiens — ihnen dieses Vertrauen einzuflössen und ihnen die organisatorischen Werkzeug weisen, die effektiv dazu geeignet sind, Schlag auf Schlag zu antworten: Werkzeuge, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die die bestochenen "Führer" ihnen vorschlagen und aufzwingen; diese "Führer", die aus Warnungen, wie denen von Brescia nur zusätzlichen Schwung für ihre systematisch defätistische Arbeit holen.

=0=0=0=0=0=

(1) Gemeint ist die Regierung, von Salò an Gardasee, die vom den Faschisten nach der amerikanischen "Befreiung" des Südens organisiert wurde.

Vermerk: alle Zitate wurden aus den italienischen übersetzt.

DIE LAUFBAHN DES LABOURISMUS

(aus "Il Programma Comunista" Nr. 16 vom 31.8.1974)

Der gute Bourgeois, der in England oder in Westminster - was für ihn das selbe ist - das Vorbild aller Parlamente preist, müsste ihm genauso gravitatisch das Lob singen, weil es auch jenes Wunder aller Wunder in die Welt gesetzt hat, das in einer Sozialdemokratie sozusagen in "Reinkultur" besteht: einer Sozialdemokratie, die, zur Reife gelangt, die Klassenursprünge nicht verleugnen musste aus dem einfachen Grunde, dass sie sie nie besessen hat, und die daher reibungslos ohne die aufgeregten Abschwörungen und die dramatischen Zerfleischungen ihrer europäischen Schwestern die Rolle eines Predigers der Versöhnung zwischen den Klassen im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnung spielen konnte, und dann als Krönung dieser Rolle selbst die Regierung übernehmen - war sie ja von Geburt mit allen kirchlichen und weltlichen Segen versehen, um das zu werden, was sie geworden ist.

Lenin antwortete 1920 auf dem II. Kongress der Komintern einem englischen Delegierten, der von der Labour Party als "politischem Ausdruck der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter" sprach: "Natürlich besteht die Labour Party zum grossen Teil aus Arbeitern. Aber ob eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, das hängt nicht nur davon ab, ob sie aus Arbeitern besteht, sondern auch davon, von wem sie geleitet wird und was der Inhalt ihrer Aktion und ihrer politischen Taktik ist. Nur das ist bestimmend, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats haben. Von diesem einzig richtigen Standpunkt aus ist die Labour Party eine durch und durch bürgerliche Partei, die aus Arbeitern besteht, aber von Reaktionsären geleitet wird - den schlimmsten Reaktionsären - in Sinne und im Geiste der Bourgeoisie". (Protokoll des II. Weltkongresses, S. 648). Nun, man muss klar sehen (und Lenin, man braucht es nicht zu sagen, wusste es), dass der Labourismus diese lapidare Bezeichnung 1920 verdiente, genauso wie er sie 1900 verdient hatte, als er noch bescheiden LABOUR REPRESENTATION COMMITTEE hiess, und auch 1906, als er den "stolzen" Namen annahm, den er bis heute zur Schau trägt. In jenem Jahr feierte er seinen ersten grossen Wahlerfolg in wohligen Schatten des LETZTEN liberalen Triumphes. Der Schlüssel der siebenjährigen Laufbahn der Labour Party liegt nämlich hier. Hinter dem Vorhang des letzten liberalen Wahlsiegs versteckte sich die Wirklichkeit des steilen Niedergangs des Liberalismus, so wie hinter dem Prunk und Glanz des damaligen Englands sich der elende Sturz vom Thron einer fast hundertjährigen Industrie-, Handels- und Seeherrschaft verbarg: die harmonische Weiterführung der zweipartei-

lichen Verwaltung dieses allmählichen aber unerbittlichen Untergangs verlangte eine Ersatzkraft, EINE LIBERALE PARTEI IM ARBEITERKITTEL. Dazu entstanden, und auch darin zaudernd und fabierisch, kandidierte die Labour Party, um das verblasste Erbe von Gladstone anzutreten.

"Die Doktrin der Leader der Labour Party - schrieb Trotzki 1925 (Wohin geht England? Kapitel 3) - ist eine Art Mischmasch von Konservatismus und Liberalismus, das teilweise den Bedürfnissen der Gewerkschaften oder besser, deren oberen Schichten, angepasst ist. Sie sind alle vom Glauben an "Gradualismus" durchdrungen und bekennen sich dazu noch zum Glauben des Alten und Neuen Testaments. Sie betrachten sich alle als überzivilisierte Leute und glauben gleichzeitig, dass ein himmlischer Vater die Menschheit geschaffen hat, um sie dann verdammen zu können in der Fülle seiner Liebe und um dann zu versuchen, die verzwickte Angelegenheit durch die Kreuzigung seines Sohnes irgendwie zu retten. NATIONALE INSTITUTIONEN (wir unterstreichen und sind sicher, dass Trotzki in Geiste diese zwei "Wörtchen" betonte) wie die Gewerkschaftsbürokratie, der Erste Minister Macdonald und Mrs. Snowden entspringen dem Geiste des Christentums". Im Kern jener Portion Calvinismus, die die entstehende Labour Party erbt, steckt die Gewissheit der Prädestination: Schon 1900 - 1906 war die Labour Party dazu prädestiniert, nationale Institution zu werden. Bei ihrer Geburt hatte die günstigste Konstellation Pate gestanden, die Ihre Britische Majestät in ihren Gebeten hätte überhaupt erleben können. Die ex-INDEPENDENT LABOUR PARTY von Keir Hardie hinterliess ihr als Erbe eine legalitäre, reformistische und pazifistische Humanität, den Klassenkampf so verschlossen wie dem Ruf der "Liebe" und "Gerechtigkeit" aufgetan. Die organisatorische und finanzielle Unterstützung der oberen Schichten der Trade Unions sicherte ihr einen Anhang unter den Arbeitern, unter der Bedingung, dass sie zusammen damit unter ihren Schutz auch das sorgsam gehütete Erbgut einer "Arbeiterpolitik" übernehmen sollte, die nie darüber hinausging, die reinen Lohnkämpfe auf parlamentarische Ebene zu projizieren, Lohnkämpfe die dazu noch in den Grenzen einer zivilen Konfrontation gehalten wurden - und wenn sie, wie so oft, diesen Rahmen sprengten, mittels Schiedssprüchen, Kompromissen und, im äussersten Fall Sabotage, sehr schnell wieder "zur Ordnung geführt" wurden. Die altehrwürdige FABIAN SOCIETY lieferte ihr eine "typisch englische" ideologische Ausrüstung, deren Wurzeln nicht, Gott behüte, bei Marx lagen und nicht einmal bei der verwässertsten Fassung des Chartismus, sei es auch des Chartismus der "moralischen Kraft", sondern bei Ricardo, Mill und sogar Bentham, kurz und gut, bei den Göttern des Liberalismus, sowie bei Owen, und zwar nicht wegen seines "kommunistischen Enthusiasmus", sondern wegen seiner "utopistischen Abneigung gegen den Klassenkampf". Diese Ideolo-

gie, in welcher der "Sozialismus" (der übrigens mit Verstaatlichung oder alternativ Vergemeindung der öffentlichen Dienste und, in der äussersten Perspektive, des Grund und Bodens, verwechselt wurde) sich mit der ehrlichen Berechnung des "grössten Nutzens für die grösstmögliche Anzahl" identifizierete, liess sich einerseits voll mit einem Schuss unkonformistischen Protestantismus vereinigen (aber nicht von der heroischen Sorte der "Eisenflanken" von Cromwell, sondern von der genüthlichen, kleinkarierten und rechnerischen Sorte der viktorianischen Krämer (1)) und mit einem mehr oder weniger grossen Schuss von sozialistischer Lyrik à la William Morris andererseits, genauso wie in der Fabierclique das eiskalte Management der Eheleute Webb (2) ohne Schwierigkeit mit der vegetarischen Bildstürmerei von G.B. Shaw und mit der Tiererschutzvereinstheosophie von Annie Besant zusammenlebte. Eigenartigerweise (aber nur für Leute, die die Geschichte nicht mit marxistischen Augen sehen können) frequentierte dieser sterile Fabier-"Sozialismus" später das Reich des "fittest survival" (Überleben der Fähigsten) von Spencer und "Übermenschen" von Nietzsche oder Wagner.

Mische man das alles in einen Potz, oder besser unterstreiche diesen oder jenen der drei "ideellen" Bestandteile je nach nationaler Lage, und man hat die zehn Gebote, die wir uns erlauben, aus Aussagen von Macdonald zusammenzustellen, die Trotzki in seinem Buch zitiert: "Wer ERBARMT SICH NICHT der Armut? - Der Sozialismus glaubt nicht an Gewalt; ER KÄMPFT AUSSCHLIESSLICH MIT GEISTIGEN UND MORALISCHEN WAFFEN - WIR haben kein Klassenbewusstsein; anstelle des Klassenbewusstseins wollen wir DAS BEWUSSTSEIN DER SOZIALEN SOLIDARITÄT heraufbeschwören - Wir müssen den Arbeiter NICHT ALS ARBEITER SONDERN ALS MENSCHEN BETRACHTEN; auch die Tories (die Konservativen) haben in einer gewissen Masse gelernt, das Volk so zu behandeln, WIE ES SICH GEHÖRT - Der Sozialismus gründet auf dem Evangelium; er stellt einen entschiedenen Versuch dar, DIE GESELLSCHAFT UND DIE REGIERUNG ZU CHRISTIANISIEREN - WIR SIND DICHTER. Im Allgemeinen, gibt es nichts Gutes ohne Poesie. MEHR ALS ALLES ANDERE, BRAUCHT DIE WELT EINE ART VON POLITISCHEM UND SOZIALEM SHAKESPEARE." Mit solch rüstigen zehn Geboten und mit der erwähnten soliden Ausrüstung versehen, kann der Labourismus andererseits aber Poesie in den blutigen Schützengräben von Passendale entdecken; Shakespeare in den Fünfjahresplänen und in Stachanowismus, wenn nicht in den stalinistischen Säuberungen (siehe die Webbs); die Bergpredigt in den Bonzenreden vor der Torpedierung der grossen Streiks von 1913 in Bergbau, Eisenbahn und Häfen, während des Krieges in den Clyde-Werften, von 1921 und 1926 in Bergbau; Erbarmen für die Armut im nationalen Austerity-Plan von Stafford Cripps; gesellschaftliche Solidarität in den Bilanzen von Snowden oder in Statut von Westminster (War das KÖNIGREICH selbst nicht eine Gesellschaft?).

Die Labour Party wird vor allem die Leitung der Wirtschaft und des Staates beanspruchen können, auf der Grundlage von umfangreichen Plänen für Verstaatlichung, soziale Fürsorge, Reform der Verwaltung und, wohlgenerkt, Verteidigung des Pfundes und des UNION JACK, wie von den Webb vorgesehen, und zwar sobald die liberale Partei im nicht wieder rückgängig zu machenden Trauma der ersten Nachkriegszeit zugrundegeht, während gleichzeitig die mächtige Welle der sozialen Unruhen die Labour als angeblichen "politischen Ausdruck" der Arbeiterklasse an die Vorderreihe treibt, damit sie durch ihre Taten zeige (und die erste Tat wird inner die Kunst von Maurice Thorez vorwegnehmen, "einen Streik beenden zu können"), was sie in Wirklichkeit ist: "eine durch und durch bürgerliche Partei".

+ + +

Man darf sich nicht durch die Tatsache täuschen lassen, dass die Trade Unions oder besser, ihre obersten Instanzen, der entstehenden Partei ihre organisatorische und finanzielle Unterstützung brachten, um einer jahrzehntelangen Anlehnungspolitik an die liberale Partei (abgesehen von den gelegentlichen Liebsüßgeleien mit den Tories, um die Whigs eifrig zu machen) ein Ende zu setzen, und um über eine eigene Vertretung in Unterhaus zu verfügen (3). Sie beendeten damit das Kapitel des "alten" Trade-Unionismus, nur um ein "neues", ein UP TO DATE-Kapitel zu eröffnen: nicht wir sind die bösen Zungen, sondern der selige G.D.H.Cole, der schrieb, dass beim ersten Wahlerfolg der Labour 1906 die Liberalen Pate gestanden haben; und es ist bekannt, dass die "soziale" Bilanz von Lloyd George in der nächsten Regierungsperiode in die Geschichte als Whig-Fassung des Fabiertums und als Schwanengesang des Liberalismus eingegangen ist: eine Bilanz, die eine Brücke zwischen den jungen Webbs und den späteren Snowden, Cripps, Wilson, sowie der Barmherzigen Barbara Castle darstellt.

Mit seinen ganzen Empirismus zeigt das bürgerliche England eine Zähigkeit, die wir wagen, dogmatisch und sogar und sogar talmudistisch zu nennen: in der Invarianz seiner Ideologien, seiner Programme; in der Kontinuität von Vergangenheit zu Gegenwart als Gewissheit der Zukunft. Die Personen, die es von Mal zu Mal auf die Bühne bringt, verschwinden nur, um mit anderer Tracht und unter neuer Etikette wieder zu erscheinen. Die Kreuzritter des Freihandels in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatten den verbündeten Proletariern "eine grosse Portion vom Kuchen" versprochen; an die Macht gelangt, verteilten sie (aber nicht unter der Arbeiterklasse, sondern nur unter deren Aristokra-

tie) nur die Krümel, die sie mit einer weisen und somit alles andere als philanthropischen Führung des Imperiums mitbekommen hatten. Lloyd George zeigt sich zwischen 1906 und 1910 in der schlichten Tracht eines fortschrittlichen Finanzministers; während des Weltgenetzels wird er der erste Minister in Khaki-Uniform und ein guter "jusqu'à-boutist" sein.

Als Macdonald 1924 zum ersten Mal in Downing Street Nr. 10 einzieht, hat er die obigen 10 Gebote noch hinter den Rücken (und Trotzki kann ihn aufs Wort nehmen und kräftig anprangern). Kein GuarFnehr von Poesie oder von Evangelium - ist aber in der Sprache und in der Praxis des Ersten Ministers der Regierungen der nationalen Einheit - oder besser, Regierungen des BURGRIEDENS, denn zwischen 1929 und 1931 gibt es Krieg: den Krieg der Weltkrise. Bald darauf geht der Taktstock in die Hände der Konservativen über; aber genauso wie in der guten alten Zeit ein Führer der Liberalen getan hätte, wird Attlee neben Churchill sitzen als Vize-Held des demokratischen "Kreuzzuges" gegen die "Nazi-Barbarei" - neben Churchill, dem Mann der weissen Intervention in Russland und (mit Hilfe von Purcell und Stalin, versteht sich) der MILITARISCHEN Liquidierung des Generalstreiks von 1926; dann wird er in Potsdam, als dritter Mann neben Stalin und Truman, die "Grundsteine des Friedens" legen. Er wird die Nachkriegs-Austerety ohne Erschütterungen durchsetzen, wie nur ein "Arbeitervertreter" es kann. Nachdem die Scherben des Krieges und der Krise wieder zurechtgeklebt sind, werden seine Nachfolger die Wonnen des Welfare State einweihen. Wilson, danach an der Reihe, trägt weder Herz, noch Poesie, noch altes oder neues Testament zur Schau. Wenn in der Sprache seiner Reden als Geschäftsführer der UNITED KINGDOM COMPANY Verse irgendeiner Art noch zu finden sind, dann nur die der Keynes-Finanz oder dgl.

"Man kann ohne Übertreibungen sagen, dass die Fabier Gesellschaft, die 1844 gegründet wurde, um 'das gesellschaftliche Bewusstsein' zu erwecken, heute die reaktionärste Gruppe Grossbritanniens darstellt", schrieb Trotzki. "Weder der konservative Club noch die Universität von Oxford, noch die anglikanische Kirche, können mit den Fabiern Schritt halten". Aber die Labour Party 1974 (oder 1945 oder 1964) weiss nichts mehr mit der "Fabierphilosophie" anzufangen; sie braucht überhaupt keine "Doktrin" mehr; sie hat die bunte ideologische Hülle abgeworfen und nur den harten, sehr realistischen und sehr ertragreichen Kern behalten: die perfekte Kunst einer leistungsfähigen FÜHRUNG der bürgerlichen Gesellschaft. NACHDEM SIE DEREN VORBILD WAR, IST SIE HEUTE DER POLITISCHE DOPPELGÄNGER DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE VON BAD GODESBERG und ihrer unbezahlbaren Willy Brandts oder Helmut Schmidts. Sie hat das Recht und die Pflicht, als solche aufzutreten: seit fünfzig Jahren lie-

fert sie der herrschenden Klasse den unwiderlegbaren Beweis für ihre Unentbehrlichkeit am Staatsruder, sobald es Sturm gibt, vor allen nach wichtigen aber "schmerzlos" kastrierten Streiks. Der Regierungsantritt von Macdonald wurde 1924 von ECONOMIST mit folgendem Freudeausruf begrüsst: "Eine Regierung, der es weder an Geist, noch an Distinguiertheit, noch an Gewicht fehlt, und der die ganze Nation gerne eine faire Chance einräumen wird". Die FINANCIAL TIMES begrüsst im März 74 Wilsons Rückkehr an die Regierung und erwähnt die "enthusiastische Aufnahme, die der Geldmarkt und die Börse einer Regierung bereitet, die wahrscheinlich die Industrie wieder prompt zur Ganzzeitarbeit führen wird" und die deshalb "ein breites Vertrauen der Geschäftswelt" verdient. Produktivität und Austerität, nationale Solidarität und Frieden zwischen den Klassen gehen ohne Unterbrechung von Heath auf Wilson über. Der einzige Unterschied, der übrigens dem verfaulten Liberalismus der Labour Party würdig ist, besteht darin, dass bei ihr das alles "freiwillig" erlangt wird, d.h. wird freiwillig der organisierten und nicht-organisierten Arbeiterklasse von der Partei aufgezwungen, die ihren sogenannten "politischen Ausdruck" darstellt.

x x x x x

Die Dummheit (und Schwach) der spontaneistischen Opposition zur Sozialdemokratie besteht nicht darin, dass sie proklamiert, die Arbeiterklasse habe die konservative Regierung gestürzt, sondern darin, dass sie das als "Sieg der Arbeiter" ausgibt.

Die erste Behauptung ist teilweise richtig: die Labour Party hat IMMER "gesiegt" (wenn man annimmt, dass Wahlmehrheiten zu bekommen und so an die Regierung zu gelangen "siegen" heisst) auf der Welle von gewaltigen Streiks, die die Grundlagen der nationalen Wirtschaft erschütterten, oder mindestens ihre friedliche Entwicklung störten, oder weil ein neuer Ausbruch dieser Streiks auf erweiterter Stufenleiter als unmittelbare Drohung empfunden wurde. Die zweite Behauptung ist jedoch nicht nur falsch, sie ist KAPITULATIONISTISCH, denn dieser Sieg hat inner die unmittelbare Rettung und die langfristige Befestigung der bestehenden bürgerlichen Ordnung bedeutet. Und wenn diese Behauptung noch mit dem den Spontaneisten so teuren Ausweg ergänzt wird, dass, ob nun Sieg oder Niederlage, es sich immerhin um eine "Erfahrung" mehr handelt, die gesund und unentbehrlich sei zum Zweck einer immer breiteren Klarheit der Proletarier über die Kerkermeisterrolle der Sozialdemokratie, werden nur zwei Punkte "vergessen":

- Die Revolutionäre sind nicht da, um Belastungsmaterial für ihre Anklage gegen den reformistischen Verrat zusammen-

zufügen, sondern um mit allen ihren Kräften zu vermeiden, dass die Arbeiterklasse weiterhin diese unglückselige Erfahrung durchmacht und immer wieder denselben "Golgothaweg" durchläuft - von der relativ unschädlichen Routine der "friedlichen Lösung" für die mächtigen Streiks bis zum Massaker der proletarischen Avantgarde wie in Berlin und München 1919;

- Die Möglichkeit AUCH aus den Niederlagen eine fruchtbare Lehre zu ziehen, hängt nicht von der blossen Zusammenhäufung von Niederlagen, eine nach der anderen, ab (in allgemeinen führen sie nicht zur Kräftigung und Wiederaufnahme, sondern zu Enttäuschung und Erbitterung), sondern davon, dass sie filtrierte, ausgewertet, benutzt und ins Gedächtnis gespeichert werden - und "das Gedächtnis der Arbeiterklasse ist die Partei" (4), nicht IRGENDEINE PARTEI, sondern, mit den Worten des MANIFESTS von 1848, die, "die in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung" vertritt, anstatt vor der trostlosen Gegenwart in die Knie zu gehen: die Klassenpartei, die marxistische Partei - eben die grosse Abwesende in fast eineinhalb Jahrhunderten Geschichte der englischen Arbeiterbewegung.

Man vergisst eben das doppelte, internationale und nationale Unglück, an dem wir alle, und die englischen Proletarier mit in erster Linie, verzweifelt leiden.

In Wirklichkeit bietet die englische Arbeiterbewegung mit ihren qualvollen Wechselfällen den marxistischen Revolutionären eine doppelte Bestätigung und folglich eine doppelte Lehre. Es gibt kein FORTGESCHRITTENES kapitalistisches Land, dessen Geschichte EBEN DESHALB dichter besät wäre mit riesigen Streiks und mächtigen Lohnkämpfen, als Grossbritannien (der jüngste Bergarbeiterstreik, dessen Liquidierung Wilson gestempelt und unterzeichnet hat, ist nur der letzte einer endlosen Kette) - und darin liegt die ALLGEMEINE Bestätigung des Marxismus als Theorie und Wissenschaft der Unvermeidlichkeit und Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Es gibt kein fortgeschrittenes kapitalistisches Land (mit Ausnahme der Vereinigten Staaten vielleicht), in dem die KERN-Wahrheit des Marxismus als Wissenschaft des zwangsläufigen Weges zur revolutionären Lösung dieser Gegensätze offener zu Tage tritt: wir meinen den von Lenin in WAS TUN? wieder aufgenommenen und präzisierten Gedanken, dass zwischen Wirtschaftskampf und politischen Klassenkampf keine MECHANISCHE KONTINUITÄT besteht, sondern "die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie ... denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschaftlerei, Trade-Unionismus aber bedeutet ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie" (WAS TUN?, 6. Auflage, 1962, Seite 73).

Der Sprung von Lohnkampf zum politischen Kampf, vom Kampf, der sich in Rahmen der DIREKTEN Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit abspielt und mit der Herrschaft des ersten über die zweite VEREINBAR IST, zum Kampf gegen die Grundlagen dieser Herrschaft selbst und an erster Stelle gegen ihre Unterdrückungsmaschine, den Staat, ist ein QUALITATIVER SPRUNG, nicht das organische Hinüberwachsen einer Kampfform in die andere. Die Trade-Unions, die 1900 die Labour Party mitzeugten und sie bis heute am Leben halten, beschränkten und beschränken sich darauf, dem eigenen Wirtschaftskampf einen politischen Charakter zu verleihen, was der ideologischen Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie entspricht, und, obwohl im Wesen nicht anders, noch weniger darstellt als das von Lenin hart angegriffene spontaneistische Vorhaben, den ökonomischen Kampf dadurch zu überwinden, dass man ihm politischen Charakter verleiht. Gerade die englische Situation hatte Lenin vor Augen, als er in einer wichtigen Note schrieb: "Die Forderung, den 'eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen', bringt die ANBETUNG DER SPONTANERHEIT auf dem Gebiet der politischen Tätigkeit besonders klar zum Ausdruck. Der ökonomische Kampf nimmt fast immer SPONTAN, d.h. ohne Einmischung 'des revolutionären Bazillus, der Intelligenz', ohne Einmischung der zielbewussten Sozialdemokraten, politischen Charakter an. Politischen Charakter hat z.B. auch, ohne jede Beteiligung der Sozialisten, der ökonomische Kampf der Arbeiterschaft in England angenommen. Die Aufgaben der Sozialdemokraten aber erschöpft sich nicht in der politischen Agitation auf ökonomischen Boden, ihre Aufgabe ist es, diese trade-unionistische Politik in einen sozialdemokratischen, politischen Kampf zu VERWANDELN", (Da ist er eben, der dialektische qualitative Sprung!) "die Funken politischen Bewusstseins, die der ökonomischen Kampf in den Arbeitern entstehen lässt, AUSZUNÜTZEN, um die Arbeiter auf das Niveau des SOZIALDEMOKRATISCHEN politischen Bewusstseins zu HEBEN" (ibid., S. 110; wir erinnern den Leser daran, dass die marxistische Bewegung der II. Internationale sich sozialdemokratisch nannte; die Bezeichnung wurde als "schmutziges Hemd" auf Anregung von Lenin 1917 abgelegt, als wir mit der vollständigen Wiederherstellung des Marxismus eben GEGEN DIE AUF DIE SEITE DES FEINDES UBERGELAUFENE SOZIALDEMOKRATIE zur ursprünglichen Bezeichnung Kommunisten zurückkehrten).

In einer Geschichte von hundertdreissig Jahren hat die englische Arbeiterbewegung aus dem Amboss des ökonomischen Kampfes tausende und abertausende von Funken gesprüht. Die Nur-Gewerkschafterei der Trade-Unions und ihr unumgänglicherweise BÜRGERLICHER politischer Ausdruck, die Labour Party, haben sie nicht nur nicht ausgenützt, um die Arbeiter zum sozialistischen Bewusstsein (das sie weder besaßen besaßen noch besitzen) zu heben, sondern haben sie jedesmal

ausgelöscht; übrigens würden sie ausserdem VON ALLEINE NIE zum lodernden Feuer des Bürgerkrieges für die revolutionäre Eroberung der Macht auswachsen können. Der Kampf mit dem Ziel, "einen gerechten Lohn für eine gerechte Arbeitszeit" zu erhalten, ist - wie Marx zeigt - eine unerlässliche aber UNGENÜGENDE Bedingung für die Befreiung der Arbeiterklasse; sie enthält IM KEIN den Kampf um die Abschaffung der Lohnarbeit; dieser Kampf muss aber von AUSSEN, mittels der Theorie und der Aktion der Partei, befruchtet werden.

Von den Arbeitern verlangen, dass sie die Erfahrung des sozialdemokratischen Betruges in engen und abgeschlossenen Rahmen des Lohnkampfes zunutze machen, ist wie von ihnen verlangen, dass sie EINE SELBSTÄNDIGE IDEOLOGIE IM VERLAUF IHRER BEWEGUNG SELBST AUSARBEITEN, und das heisst, laut dem Marxismus, das Unmögliche verlangen; und in Wirklichkeit bedeutet dieses "Unmögliche", dass sie sich ewig den Kerkermeister Wilson und seiner Labour Party unterordnen. Darin besteht "unsere Aufgabe", unsere und der englischen revolutionären Kommunisten, "im Kampf GEGEN DIE SPONTANHEIT; sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, ABZUBRINGEN" (ibid., S. 73).

Darin besteht unsere Aufgabe darin, die Arbeiterbewegung unter die Fittiche des marxistischen Kommunismus zu bringen. Nur unter dieser Bedingung - und das bedeutet, unter der Bedingung, dass die WISSENSCHAFT DES BEFREIUNGSKAMPFES DER ARBEITERKLASSE, nicht als literarische Kultur, sondern als organisierte Partei, nach dem proletarischen England, das sie so in Wirklichkeit nie besessen hat, importiert wird - nur so, werden die "Funken", die den grauen Himmel des bürgerlichen England periodisch rot streifen, sich in revolutionären Brand verwandeln. Nur unter dieser Bedingung werden mit den heutigen und künftigen Wilsons, alle Philister des Trade-Unionismus und seines NOTWENDIGEN, UNVERMEIDLICHEN REFLEXES, der Labour Party, fallen.

Es genügt nicht, zu sagen: "das ist unser Wunsch". Man muss hart und konsequent dahin arbeiten.

=°=°=°=°=°=°=

(1) Selbstverständlich, denn "die Geschichte hat diesen Herren ihre niedrigen Seiten gezeigt, und was sie darin gelesen, wurde zu ihrem Programm (Trotzki, op. cit.).

(2) Derart Managers, dass sie, auf den Fussstapfen von John Stuart Mill, und weiter in der Zeit zurück, Ricardo, lehrten, dass der Kampf "sich nicht zwischen Kapital und Arbeit entwickeln soll, sondern zwischen der Mehrheit der Nation und

denjenigen, die Renten beziehen", genauso wie heute fortschrittliche italienische Kapitalisten wie Agnelli (Fiat) lehren.

(3) Und was konnte EIGENE schon bedeuten? "Der Trade-Unionismus schliesst keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede 'Politik' aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt", bemerkte Lenin in WAS TUN? (ibid., S. 62, Fussnote) und ergänzte in Klammern "aber nicht sozialdemokratische", was heissen sollte, bürgerliche, und genauer liberal-bürgerliche.

(4) Der Satz ist von Trotzki und liest sich im vollen Wortlaut wie folgt: "Das historische Gedächtnis der Bourgeoisie besteht in ihren Regierungstraditionen, in den Institutionen, in den Gesetzen des Landes, in der Verwaltungskunst, die assimiliert wurde. Das Gedächtnis der Arbeiterklasse verkörpert sich in der Partei" (Kap. 8 des zitierten Buches). Trotzki ergänzt: "Eine reformistische Partei ist eine Partei mit schwachen Gedächtnis". Die Labour Party hat in Wirklichkeit auch ein sehr gutes Gedächtnis: aber nur um aus der englischen Vergangenheit das zurückzubehalten, was die Unterordnung des Proletariats durch die Bourgeoisie zum Ausdruck bringt, bestätigt und bekräftigt.

Vernerk: ausgenommen Lenin wurden alle Zitate aus den italienischen übersetzt.

KOMMUNISTISCHE ORGANISATION UND KOMMUNISTISCHE DISZIPLIN

=====

Nächstehender Artikel erschien zum ersten Mal am 15/5/1924 in der Nr. 5 von PROMETEO, Organ der Kommunistischen Partei Italiens und wurde seitdem mehrmals von unserer Bewegung wieder veröffentlicht. Er wurde verfaßt anlässlich der Diskussion über Organisationsfragen innerhalb der russischen Partei, zu der Trotzki mit seiner Broschüre "Der neue Kurs" (1923) beigetragen hatte. Diese Diskussion wurde formell mit einem Beschluß des ZK abgeschlossen, der den "alten Kurs" zwar verurteilte, die revolutionäre Linke jedoch keineswegs befriedigen konnte.

Organisationsfragen können als Fragen "an sich" nie behandelt oder gelöst werden. Auch werden sie durch eine banale Berufung auf das "Prinzip" der Demokratie nie zweckmässig geregelt werden können. Der Zentralismus andererseits ist zwar das, was man ein Organisationsprinzip der kommunistischen Partei nennen könnte, aber nur als Funktion dieses kommunistischen Charakters: als Funktion eines bestimmten Programms, einer bestimmten Strategie und last but not least einer bestimmten Taktik: die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist auch eine Geschichte von Zentralisten, die die Organisation und die Disziplin entarteter Parteien brechen. Parteien sind Produkte der Geschichte, aber auch deren Faktor, und das will heissen, dass sie Produkt ihrer eigenen Politik sind. Eben hier liegt die allgemeine Bedeutung des nachstehenden Artikels: indem er die dialektische Wechselwirkung zwischen Parteipolitik/Taktik und Organisation/Disziplin wahrnimmt, kann kurz geschildert werden, wie die Organisation/Disziplin zwar eine Voraussetzung jeglicher Parteiarbeit sind, andererseits nur bestehen und sich befestigen können, wenn die Politik, der sie sich verpflichten, ein organisches Ganzes mit der Zielsetzung und den Prinzipien der Bewegung bildet. Um die zwei dialektischen Momente des Problems etwas ausführlicher darzulegen, schicken wir dem Text zwei Zitate voraus. Eines aus Lenins "Womit beginnen?" und das andere aus den

"Thesen von Rom" (1922) der Kommunistischen Partei Italiens, die sich eben als Entwurf eines Systems taktischer Lösungen verstanden, das, für die ganze Partei obligatorisch, keine "unerwartete Wenden" und keinen empirischen Zielsackkurs zuließ, deren Folge immer (wie heute die Mitglieder aller "Staken" Gruppen bitter erfahren müssen) Verwirrung, Desorganisierung und Desorganisierung sein wird.

"Ist aber keine feste Organisation vorhanden, die den politischen Kampf in den verschiedenen Situationen und Perioden gründlich aus der Erfahrung kennt, dann kann auch keine Rede sein von jenem systematischen, durch feste Prinzipien erhaltenen und unbeirrt durchzuführenden TÄTIGKEITSPLAN, der allein die Bezeichnung Taktik verdient." (Lenin, "Womit beginnen?")

"Der Besitz einer kritischen Methode und eines Bewusstseins, das zur Formulierung ihres Programms führt, ist eine Bedingung des organischen Lebens der kommunistischen Partei. Schon deshalb können die Partei und die Internationale sich nicht darauf beschränken, die Taktik höchst frei und elastisch festzulegen und ihre Anwendung nach jeweiliger Lagebeurteilung der Einschätzung der führenden Zentralorgane zu überlassen. Das Parteiprogramm hat nicht den Charakter eines blossen Zieles, das über irgend einen Weg zu erreichen wäre, sondern den einer historischen Perspektive von zusammenhängenden Wegen und Zielen; daher muß die jeweilige Taktik in der Folge der Situationen dem Programm entsprechen, und daher müssen die allgemeinen taktischen Regeln für die aufeinanderfolgenden Situationen innerhalb bestimmter Grenzen festgelegt sein, Grenzen die zwar nicht steif sind, aber immer schärfer und weniger schwankend, sofern die Bewegung stärker wird und sich dem allgemeinen Sieg nähert. Nur ein solches Kriterium macht es möglich, sich in der Leitung der Aktion in den Parteien und in der Internationale einer wachsenden und immer effektiveren Zentralisation anzunähern, so daß die zentralen Direktiven nicht nur in den kommunistischen Parteien ohne Widerstreben ausgeführt werden, sondern auch in den Massenbewegungen, deren Eingliederung sie erzielen konnten. Man darf nicht vergessen, daß die An-

nahme der organischen Disziplin der Bewegung von Seiten der Individuen und Gruppen auch deren Initiative unterliegt, die vom Einfluß der Lage und ihrer Entwicklung abhängt; andererseits aber bedingt ist durch ein stetiges logisches Fortschreiten der Erfahrungen und die Annäherung an den Weg, der zu folgen ist, um die wirksamste Aktion gegen die Lebensbedingungen zu gewährleisten, die das herrschende System dem Proletariat aufzwingt. Dabei müssen Partei und Internationale systematisch die allgemeinen taktischen Regeln in ihrer Gesamtheit darlegen und zeigen, daß diese Regeln und Perspektiven den notwendigen Weg zum Sieg darstellen, und somit ihre Mitglieder und die um sie gruppierten proletarischen Schichten zum Kampf und zum Opfer für die Verwirklichung dieser Taktik aufrufen zu können. Was dazu führt, den Inhalt und die Grenzen der Parteitaktik festzulegen, ist also nicht der Wunsch, die Mannigfaltigkeit der Handlungen, die von der Partei verlangt werden können, theoretisch und schematisch zu vereinfachen, sondern ein praktisches und organisatorisches Bedürfnis; und aus diesem ganz konkreten Grund muß die Partei Beschlüsse fassen, die scheinbar ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken, die aber allein die organische Einheit ihres Wirkens im proletarischen Kampf garantieren".
("Thesen von Kom", Punkt 29)

Die wichtige Diskussion, die seit einiger Zeit in der russischen KP vor sich geht, verleiht den Fragen über das interne Leben der revolutionären Parteien eine brennende Aktualität. Andererseits erscheinen diese Fragen immer wieder in all den Polemiken der Kommunisten gegen die anderen Bewegungen, die sich auf das Proletariat berufen, und in all den inneren Auseinandersetzungen in der Komintern über die Punkte, wo Unstimmigkeit herrscht, und die spezifischen Krisen in ihrer Mitte.

Die Frage wird falsch gestellt, wenn man - wie das allzu oft geschieht - die zwei Kriterien des automatischen Gehorsams gegenüberstellt: vom marxistischen Standpunkt aus gibt es kein "Prinzip", und zwar weder zentralistischer noch demokratischer Natur, von dem man obligatorisch ausgehen müsste, um das Problem zu lösen. Wir haben schon bewiesen (1), daß es kein "demokratisches Prinzip" gibt, das den Staat oder die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen leitet, sondern nur ein Mechanismus von zahlenmäßiger und mehrheitlicher Demokratie, dessen Anwendung für gewisse Organisationen und in ge-

wissen historischen Situationen angebracht sein kann oder nicht.

Die demokratische Illusion will, daß die Mehrheit immer den richtigen Weg zeigt, und daß mit der Wahlstimme alle Individuen dasselbe Gewicht und denselben Einfluß haben. Die Kritik dieser Auffassung ist dem marxistischen Denken implizit und sie führt dazu, nicht nur den riesigen Betrug des bürgerlichen Parlamentarismus zurückzuweisen, sondern sogar die Anwendung des Mehrheitsprinzips für das Funktionieren des revolutionären Staates, der ökonomischen Organisationen des Proletariats und unserer Partei selbst, sei es, daß man in der Praxis gezwungen ist, mangels einer besseren organisatorischen Erfindung sich dessen doch zu bedienen. Niemand erkennt in der Tat besser als wir Marxisten die Bedeutung der organisierten Minderheiten und die absolute Notwendigkeit für die proletarische Klasse und die sie führende Partei, unter der strikten Führung ihrer Organisation und in der strengsten Disziplin zu handeln. Wenn wir somit von allen gleichmacherischen und demokratischen Vorurteilen frei sind, soll das uns keineswegs dazu führen, unserer Aktion ein anderes Vorurteil zugrunde zu legen, das die formalistische und metaphysische Negation der ersten darstellen würde.

Der Ausdruck "demokratischer Zentralismus", der in den Texten der Internationale gebraucht wird, zeigt deutlich genug an, daß in der Praxis die Funktionsregeln der kommunistischen Parteien sozusagen die Vermittlung zwischen dem absoluten Zentralismus und der absoluten Demokratie herstellen, woran Genosse Trotzki aus gegebenem Anlaß in einem sehr bekannten Brief erinnerte (2), der große Diskussionen unter den russischen Genossen verursachte. Wir müssen dennoch sofort sagen, daß, wenn wir nicht glauben, die Lösung der revolutionären Fragen den traditionellen, abstrakten Prinzipien von FREIHEIT und AUTORITÄT abverlangen zu können, wir das Hilfsmittel genauso unbefriedigend finden, das darin besteht, sie in einer Mischung der beiden zu suchen. Unseres Erachtens ist die kommunistische Lösung zu den Fragen der Organisation und Disziplin viel komplexer, präziser und befriedigender. Um sie kurz zu definieren, haben wir seit langem den Ausdruck "organischen Zentralismus" gewählt, der klar anzeigt, daß wir Gegner von jeglichem autonomistischen Föderalismus sind, und daß wir andererseits den Ausdruck Zentralismus in dem Masse akzeptieren, in dem er Zusammenfassung und Einheit bedeutet, im Gegensatz zu der fast zufälligen und "liberalen" Vereinigung der unterschiedlichsten Initiativen.

Jeden Augenblick die Befragung der Mehrheit verlangen, oder im Gegenteil in allen Fällen den obersten Parteiorganen Recht geben, sind zwei gleich versimpelnde Lösungen, und um zu vermeiden, in eine solche Verflachung zu fallen, ist es notwendig, sich auf die Geschichte

zu beziehen. In der Tat wird man nur über einen wirklichen und dialektischen Weg aus den bösen Dilemmen herauskommen, zu denen die Disziplinprobleme in der Praxis oft führen.

Wenn man sich auf die Geschichte der traditionellen sozialistischen Parteien der II. Internationale bezieht, stellt man fest, daß die opportunistischen Gruppen, die deren Führung übernommen hatten, sich gerade hinter den bürgerlichen Prinzipien der Demokratie und der Autonomie der verschiedenen Parteiorgane verschanzten. Das hinderte sie aber nicht daran, gegen die Linken Elemente, die ihren Revisionismus und ihren Opportunismus bekämpften, zur Einhaltung der Disziplin gegenüber der Mehrheit und den Führern weit und breit aufzurufen. Das war sogar das wichtigste Mittel, das den sozialistischen Parteien ermöglichte, ihre Funktion von Werkzeugen zur ideologischen und politischen Mobilisierung der Arbeiterklasse zu Gunsten der Bourgeoisie zu erfüllen, vor allem bei Kriegsausbruch. In dieser Weise hat sich eine wahrhaftige Diktatur der Rechten in den sozialistischen Parteien errichtet. Die Revolutionären haben sie bekämpfen müssen, weil sie in Wirklichkeit einen gegenrevolutionären und antiproletarischen Einfluß darstellte; und nicht aus Opposition gegen die Zentralisation in der Partei, oder weil die immanenten Prinzipien der inneren Demokratie verletzt wären; die Linken haben im Gegenteil die Zentralisation gleichzeitig gefordert.

In diesen Parteien war also die Bildung von Oppositionsfraktionen gegen die Führungsgruppen und die unerbittliche Kritik ihrer Aktion vollkommen berechtigt, und es war die Spaltung von ihnen, die die Gründung der heutigen kommunistischen Parteien möglich machte. Es ist daher klar, daß in gewissen Situationen die Gegenrevolutionäre es sind, die das Kriterium der Disziplin um der Disziplin willen annehmen, und dass dieses Kriterium ihnen dazu dient, die Entwicklung zur Bildung der wirklichen revolutionären Klassenpartei zu bremsen.

Das beste Beispiel dafür, wie man solche trügerische Demagogie mißachten zu wissen muß, wird uns eben von Lenin geliefert, dem hundertmal vorgeworfen wurde, die Partei in die Auflösung zu treiben und ihre Regeln zu verletzen, der aber ungestört den vorgezeichneten Weg weiterging und in absoluter Konsequenz der erste war, die gesunden marxistischen Kriterien der organischen Zentralisation im Staat und in der Partei der Revolution zu fordern. Umgekehrt hat Karl Liebknecht, als er im August 1914 aus "Disziplin" für die Kriegskredite stimmte, das unglücklichste Beispiel für eine formalistische und bürokratische Anwendung der Parteidisziplin gegeben.

Diese Beispiele zeigen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einer bestimmten Situation der revolutionäre Kurs sich in einem Kampf der Disziplin gegenüber der alten Partei und in einer Zen-

tralisierung der revolutionären Fraktion äussert. Man wird näher untersuchen müssen, wie sich das ergeben hat, und ob es sich nicht wieder ergeben kann.

Ebenso geht es innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen, worunter viele von Konterrevolutionären Gruppen geführt werden. Auch hier haben die Führer Sympathien für die bürgerliche Demokratie und Freiheit, und weisen die kommunistischen Thesen über die revolutionäre Gewalt und Diktatur mit Schreck zurück. Dennoch müssen die Kommunisten, die in diesen Organisationen kämpfen, die diktatorischen Methoden der Führungsbürokratie stets anprangern. Die beste Methode zu versuchen, sie aus dem Fenster zu werfen, ist konkret die Anwendung einer demokratischen Praxis in den Versammlungen und in den Wahlen zu verlangen. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir die Statutendemokratie in den Gewerkschaften zum Dogma errichten sollten. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß es in gewissen Situationen notwendig sein kann, die Führung dieser Organisationen durch einen Handstreich zu übernehmen. Weder der formelle und ständige Gehorsam gegenüber den offiziellen Führern, noch der absolute Respekt vor allen Formalitäten der Wahlbefragung können also eine Garantie für revolutionäre Kontinuität liefern. Die Methode, die zu unserer kommunistischen Lösung führt, ist sehr verschieden und sehr überlegen.

Wenn wir jetzt das innere Leben der kommunistischen Parteien und der Internationale behandeln, wird das Problem schwieriger und delikater. Ein ganzer historische Prozeß trennt uns von der Situation, die uns gezwungen hat, innerhalb der alten Internationale Fraktionen zu bilden, die Parteien in den Parteien darstellten, und oft die Disziplin systematisch zu brechen, bevor wir eine Spaltung mit fruchtbaren revolutionären Folgen herbeiführen konnten.

Unsere Meinung über dieses Problem ist, daß man die Frage der Organisation und der Disziplin innerhalb der Kommunistischen Bewegung nicht lösen kann, ohne sie mit den Fragen der Theorie, des Programms und der Taktik eng in Verbindung zu setzen.

Wir können uns ein vorbildliches Modell von revolutionärer Partei als Ziel setzen und das Schema ihrer inneren Verfassung sowie ihrer Organisationsregeln zeichnen. Wir werden dann leicht zum Schluß kommen, daß man in einer solchen Partei keine fraktionellen Kämpfe noch Unstimmigkeiten mit den Direktiven des Zentrums dulden könnte. Wir hätten aber kein Problem gelöst, wenn wir diese Schlußfolgerungen auf das Leben unserer Parteien und unserer Internationale ohne weiteres anwenden würden, und zwar nicht, weil das nicht wünschenswert wäre, sondern weil wir uns in der Praxis dem keineswegs nähern. Die Wirklichkeit zwingt uns in der Tat einzusehen, daß die Teilung der kommunistischen Parteien in Fraktionen, die Unstimmigkeiten, die manchmal in Konflikte zwischen diesen Parteien und der Internatio-

nale ausarten, nicht die Ausnahme sondern die Regel darstellen. Leider ist die Lösung nicht so leicht. Man muß zugeben, daß die Internationale noch nicht wie eine einzige kommunistische Weltpartei funktioniert. Ohne Zweifel steht sie auf dem Wege, der zu diesem Ziel führt, und sie hat riesige Schritte vorwärts getan im Vergleich zur alten Internationale; um aber sicher zu sein, daß sie effektiv und in der besten Form in diese Richtung schreitet, genügt es nicht, an die revolutionäre Natur und Fähigkeiten unserer glorreichen Weltorganisation zu glauben; man muß diesen Glauben mit einer ständigen Kontrolle und einer rationalen Einschätzung ihres politischen Kurses und ihrer inneren Ereignisse verbinden.

Man würde das Problem in äusserst trügerischer Form auf den Kopf stellen, wenn man die totale und vollkommene Disziplin, die sich aus einer allgemeinen Übereinstimmung über alle Probleme der Bewegung ergibt, nicht mehr als ein RESULTAT ansehen würde, sondern als ein unfehlbares Mittel, alle Probleme zu lösen, indem man behauptet: die Internationale ist die kommunistische Weltpartei. Um mit unserer Analyse der Frage zu beginnen, müssen wir daran erinnern, daß die kommunistischen Parteien Organisationen sind, denen man "freiwillig" beiträgt. Das resultiert aus keinerlei "Prinzipien" oder "Modellen", sondern ist eine Tatsache, die der historischen Natur der Parteien innewohnt. Wir können niemanden dazu zwingen, die Mitgliedskarte unserer Partei anzunehmen. Wir können unsere Reihen mit keinem "Einberufungsbefehl" ergänzen, noch die Mitglieder persönlich schlagen, die sich der inneren Disziplin nicht anpassen. Jeder Anhänger ist materiell frei, uns zu verlassen, wann er will. Ob das gut ist oder nicht: so ist es, und darin kann man nichts ändern. Man kann daher die Formel des absoluten Gehorsams gegenüber den Befehlen von oben nicht gebrauchen, so vorteilhaft sie auch sein mag.

Die Befehle, die aus den Zentralorganen kommen, sind nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis des Lebens der Bewegung in ihrer Gesamtheit. Diese Behauptung ist nicht in einem naiven, demokratischen und juristischen, sondern in einem realistischen und historischen Sinn zu verstehen. Wir verteidigen auf keinen Fall ein "Recht" der kommunistischen Masse, Direktiven auszuarbeiten, die die Führer dann respektieren müssten. Wir stellen nur fest, wie sich die Klassenpartei bildet und auf welcher Grundlage wir das Problem untersuchen müssen.

Unsere Schlußfolgerungen sind folgende. Es gibt keine automatische Disziplin, die die Garantie liefert, daß die Befehle von oben ausgeführt werden, "was für Befehle sie auch seien". Es gibt eine Konstellation von Befehlen und Direktiven die, wegen ihrer Natur, ein Höchstmass an Disziplin, d.h. an einheitlicher Aktion der Gesamtorganisation, gewährleisten, weil sie den wirklichen Ursprüngen

der Bewegung entsprechen, während es andere Befehle und Direktiven gibt, die, obwohl sie vom Zentrum herrühren, die Disziplin und die Festigkeit der Partei beeinträchtigen können. Es geht also darum, die Aufgaben der Führungsorgane zu zeichnen. Wer wird das tun? Die Gesamtpartei, die Gesamtorganisation, nicht weil sie das "Recht" hätte, über das "Mandat" der gewählten Führer und dessen Grenzen befragt zu werden, sondern weil die Tradition, die revolutionäre Vorbereitung, die wirkliche, theoretische und praktische Kontinuität unserer Bewegung das verlangt. Unsere Schlußfolgerung hat also keinen banalen parlamentarischen Sinn, sondern einen dialektischen. Es ist gerade weil wir Antidemokraten sind, daß wir denken, daß eine Minderheit Ansichten haben kann, die besser den revolutionären Interessen entsprechen als die Ansichten der Mehrheit. Es ist wahr, daß das nur ausnahmsweise passiert, und daß diese Umkehrung, wenn sie vorkommt, etwas sehr ernstes darstellt. Das ist in der alten Internationale passiert, und es ist selbstverständlich nicht wünschenswert, daß es sich in unseren Reihen wiederholt. Aber auch ohne diesen extremen Fall vor Augen zu haben, gibt es weniger ernste und kritische Situationen, wo es nützlich und sogar unerlässlich ist, daß Gruppen verlangen, daß die Direktiven, die dem Führungszentrum zu erteilen sind, genau präzisiert werden.

Zusammenfassend: wir müssen die Frage der Disziplin und der Organisation unter Berücksichtigung der wahren historischen Natur der Partei untersuchen; diese ist eine Organisation, die die Tendenz zum Ausdruck bringt, daß alle sozialen Teilkämpfe sich in einem gemeinsamen Ziel vereinigen; eine Organisation, der man freiwillig beiträgt. Wir glauben, der marxistischen Dialektik treu zu sein, wenn wir unsere These wie folgt zusammenfassen: die Aktion, die die Partei führt, und die Taktik, die sie anwendet, d.h. die Form, wie sie nach aussen handelt, haben einen Einfluß auf ihre innere Organisation und auf ihr inneres Leben. Wer versucht, im Namen einer unbegrenzten Disziplin über die Partei für jede Aktion, jede Taktik, jedes Manöver zu verfügen, ohne Grenzen zu fixieren, die genau bestimmt und allen Militanten bekannt sind, kompromittiert tödlich die Organisation.

Man wird in Wirklichkeit nie zum wünschenswerten Maximum an Einheit und Disziplin gelangen, wenn man das Problem nicht auf dieser Grundlage stellt, um statt dessen zu behaupten, daß es durch eine banale Regel von automatischem Gehorsam bereits gelöst ist.

=====

Noten: (1) Im Artikel "il principio democratico" (Das Demokratische Prinzip), erschienen im Februar 1922 in "Rassegna Comunista", theoretisches Organ der KPI. Neu in "Partito e classe, 4. Broschüre der Reihe "i testi del partito comunista internazionale".

(2) Der Artikel bezieht sich hier auf den Brief, den Trotzki am 8.12.1923 an eine Versammlung der kommunistischen Partei Rußlands

sandte, und der zwei Tage später in der Pravda veröffentlicht wurde, mit einem P.S. des Autors selbst. Im P.S. räumte Trotzki die Bedenken derjenigen auf, die "fürchteten", der Brief würde die neue Generation gegen die "Alte Garde" stellen. Der betreffende Passus lautet: " In den Auseinandersetzungen und Artikeln der letzten Zeit hat man hervorgehoben, daß die "reine", "vollständige", "ideale" Demokratie nicht zu verwirklichen ist, und daß sie für uns kein Selbstzweck ist. Das ist unwiderlegbar. Man kann aber mit genau so viel Recht behaupten, daß der reine, absolute Zentralismus nicht zu verwirklichen, und unvereinbar ist mit dem Wesen einer Massenpartei, und daß er ebensowenig wie der Parteiapparat keinen Selbstzweck darstellen kann. Demokratie und Zentralismus sind zwei Seiten der Parteiorganisation. Es geht darum, sie in der richtigen Form miteinander in Einklang zu bringen, d.h. wie es der Situation am besten entspricht." (Trotzki, "De la révolution", Editions de Minuit, 1963, in "Appendices à Cours Fouveau", S. 61). Im folgenden wird klar, daß die italienische Linke diese Form, das Problem zu stellen, nicht für voll befriedigend hält, was aber keineswegs ihre Solidarität und ihre wesentliche Übereinstimmung mit Trotzki schmälerte.

=0=0=0=0=0=0=0=

W I D E R S P R Ü C H E D E S J A P A N I S C H E N

I M P E R I A L I S M U S

(aus "ML Programme Communista" Nr. 12, 15.6.1974)

Die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Monate, wenigstens von dem so ausposaunten Erdölkrise an, sind eine klare Wiederbestätigung der zentralen Rolle des amerikanischen Kapitalismus. Länder, die von der Publizistik bis gestern noch gern als gefährliche Konkurrenten der Vereinigten Staaten hingestellt wurden und, warum nicht, als nahe daran, sie einzuholen, mussten die schweren Schläge der Krise erleiden, die die imperialistischen Gegensätze auf Weltenebene auf die Spitze getrieben hatten, und ihre eigene RELATIVE Schwäche eingestehen. So ist wieder einmal mehr klar zu Tage getreten, dass die Krisen hauptsächlich den "Kleinen" den Garaus machen, und als "Kleine" kann man wohl auch jene Länder betrachten wie Deutschland und Japan, die trotz ihrer mächtigen Produktivapparate im Vergleich zum amerikanischen Koloss eine untergeordnete imperialistische Rolle spielen.

Diese Diskrepanz zwischen industrieller Macht und imperialistischem (finanziellen, politischem und militärischem) Gewicht in der Welt ist bei Japan besonders klar ausgeprägt. Dieses Land mit den hohen Produktionswachstumsraten ist vom Weltmarkt vollkommen abhängig, wo es aber gleichzeitig keine festen Stützpunkte besitzt. In erster Linie hängt Japan bezüglich der Rohstoffe und Energiequellen vom Ausland ab: 99% des Erdöls müssen importiert werden, und zwei Drittel davon kommen aus der "heissen Gegend" des Nahen Ostens. In zweiter Linie "muss Japan exportieren, um leben zu können". Das Problem der Handelsbilanz stellt daher eine empfindliche Stelle der Wirtschaft dar. Die Preiserhöhungen der Rohstoffe während des ganzen Jahres 73 und zum Jahresende auch des Erdöls haben zu einem sprunghaften Anstieg der Importe (+ 81%) geführt, während der Export sich mit dem nicht aussergewöhnlichen Wachstum von + 32% fortsetzte. Wegen der Preiserhöhungen der Importgüter entspricht deren bedeutendem Wachstum kein gleiches reelles Wachstum in der Masse der erhaltenen Waren. Das bringt für die Wirtschaft eine effektive Kostenbelastung, die wiederum unumgänglich auch auf die Exporte Auswirkungen hat, deren Konkurrenzfähigkeit sich mindestens für eine gewisse Zeitspanne verringert. Insgesamt hat man 1973 ein Handelsbilanzdefizit von US\$ 4,3 Milliarden gehabt. Aus den selben Gründen (Notwendigkeit, das Erdöl zu

den international erhöhten Preisen zu zahlen, Notwendigkeit mehr davon zu kaufen, um eine Sicherheitsreserve anzulegen) kam auch die Zahlungsbilanz in Schwierigkeiten, mit einem Passiv von gut US\$ 13,5 Milliarden. Japan hat somit der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt und der amerikanischen Kontrolle über die Rohstoffe und das Erdöl einen teuren Tribut zahlen müssen. Die Sache wird noch offensichtlicher, wenn man die direkten Handelsbeziehungen zu den USA betrachtet. Der grosszügige Butz vom Landwirtschaftsministerium hat den Japanern mit aller Klarheit zur Kenntnis gebracht dass, wenn sie weiterhin ihre Industrieprodukte in Amerika absetzen wollen, sie Nahrungsmittel von den USA kaufen müssen (die reichliche Ernte ist fast ein Fluch!), ohne preiswertere Lieferanten zu suchen. Klipp und klare Rede: hier drückt sich der wahre Geist der ... freien Konkurrenz aus.

Auf dem Binnenmarkt sieht die Lage nicht anders aus. Exxon, Shell und Mobil, die 30% des japanischen Erdölbedarfs decken, haben auf die Ablehnung der geforderten Preiserhöhungsgenehmigung Anfang des Jahres mit der Drohung reagiert, die Lieferungen um 25% zu schneiden. Die "soveräne" japanische Regierung hat darauf einen Rückzieher gemacht und, um das Gesicht zu retten, die superververbrauchte Scheinmassnahme des Preisstopps verhängt. Das Ergebnis wird von der Presse in dieser mindestens belustigenden Form zusammengefasst: "Der Preisstopp wurde am 18. März mit der Autorisation für die Preiserhöhung der Erdölprodukte ... eingeweiht".

Die Möglichkeit für Japan, seine Bedürfnisse sowohl nach Absätzen als auch nach Fremdlieferungen mit einer immer unabhängigeren Politik durchzusetzen, gründet ganz auf der Möglichkeit, seinen Anteil auf dem Kapitalmarkt zu erweitern und folglich ohne unbequeme Mittelsmänner unmittelbar auf den verschiedenen Umschlagplätzen präsent zu sein. Bislang ruhte die Verfügbarkeit über Kapitalien für Auslandsanlagen fast gänzlich auf dem starken Handelsüberschuss, der eine Zuflussquelle internationaler Währungen für die japanischen Banken darstellte. Dieser ständige Zufluss bildete die Grundlage der wiederholten Aufwertungen des Yen. Diese Tendenz wurde jetzt plötzlich angehalten. Die offiziellen Reserven, die Ende 1972 US\$ 18,4 Milliarden betragen, waren Ende 1973 auf 12,2 Milliarden gesunken. Die Differenz zwischen dem Umfang des Defizits in der Zahlungsbilanz und dem Schwund in den offiziellen Reserven von mehr als 1/3 des gesamten Wertes - US\$ 6,2 Milliarden - wurde dann durch internationale Kredite auf dem Dollarmarkt gedeckt. Wir können wohl sagen, dass Japan, im selben Augenblick wo es vom Dollar und seiner Welt-herrschaft die härtesten Schläge erleidet, keine andere Wahl hat, als auf diese Währung und diese Herrschaft zurückzugreifen, um sich wieder zu erholen. Diese Überlegung ist aber natürlich umkehrbar, d.h. die USA selbst, die doch der Hauptgegner der "verbündeten" Rivalen sind, sind gleichzeitig das pulsierende Herz des kapitalistischen Weltsystems und können

als solches, um weiter zu schlagen, nicht umhin, den Wiederaufschwung der eigenen Konkurrenten zu fördern.

Indem es soweit wie möglich seine Währungsreserven aufrechterhält (es scheint, dass die Zentralbank ausser den offiziellen Reserven weitere 6 bis 8 Milliarden Dollar behalten hat) und den Eurodollarmarkt ausnützt, versucht Japan, die Grundlagen jener "selbständigen" Politik zu schaffen, die grösstenteils noch Zukunftsmusik ist, deren Notwendigkeit die Bourgeoisie jedoch in jenen unsicheren Tagen der Erdölereignisse laut verkündete: "Japan muss eine eigene Nahostpolitik entwickeln und sich nicht darauf beschränken, auf Kissinger zu hören" (Mainichi Shimbun, 14.11.75). In diesem Sinne entwickelte sich eine intensive Politik von internationalen Verträgen; mit Saudi-Arabien für die Ausbeutung des Meilans, mit Irak für den Aufbau einer Raffinerie gegen die beträchtliche Lieferung von 90 Millionen Tonnen Rohöl während der nächsten 10 Jahre; bis heute dreht es sich um die bemerkenswerte Summe von US\$ 3 Milliarden für Kredite und Investitionen. Ausserhalb des Nahostgebietes wurden Verträge mit Ecuador einerseits und andererseits mit verschiedenen europäischen Ländern für die Finanzierung der Erdölforschung in der Nordsee abgeschlossen.

Das interessanteste Gebiet ist jedoch der Fernost, wo unter anderem eine gewisse Präsenz von japanischen Kapitalien und Interessen bereits da ist und sich im schützenden Schatten des amerikanischen Militärs befestigen konnte. Japan hat einen Vertrag für das Metangas mit Indonesien und zwei Verträge für das chinesische Erdöl abgeschlossen; und zu guter letzt blickt man gierig nach dem immensen Reichtum Sibiriens. Von den vielen Projekten haben Japan und die UdSSR zunächst nur die kleineren, Kohle, Holz und Gas betreffend, festgesetzt. Hierfür wird eine japanische Finanzierung von ca. US\$ 1 Milliarde vorgesehen. Für den viel grösseren Brocken des Erdöls und dazu des Erdgases von Tjumen und Jacutsk ist die Rede von 750 Millionen Tonnen in 20 Jahren, aber auch von der starken Summe von US\$ 7,5 Milliarden, die die UdSSR als für die Forschungen unerlässlich verlangt. Hier ist der springende Punkt. Die UdSSR möchte eine umfassende Ausbeutung ihrer halb-unerschlossenen Gebiete mit "westlichen" Kapitalien in Angriff nehmen; dafür sind mehr-und-mehrstellige Beträge erforderlich und eben deshalb ist es auch erforderlich, dass für die Durchführung des Projektes die Garantie eines soliden Kapitalismus als Japan gestellt wird. Das ist der Grund dafür, dass die Russen auf eine amerikanische Beteiligung am Geschäft drängen.

Japan seinerseits spaltet sich in zwei entgegengesetzte Tendenzen, deren Kontrast angesichts der grossen Gelegenheit sich vertieft. Einerseits steht der Wunsch, alles alleine zu machen, Finanzierung und Ausbeutung, und sich somit eine

grosse Quote Selbständigkeit in der Erdölversorgung zu sichern... sowie nicht geringere Profite. Dieses Bestreben entspricht den klassischen Richtlinien japanischer Expansion, für die die Gebiete des sibirischen Ostens immer das naturgegebene, den Russen abzustreitende Jagdrevier darstellten. Seitdem die Russen sich aber darin fest etabliert haben, geht es darum, wieder auf geradem Wege durch die Haupttür der Kapitalinvestitionen als eingeladene Gäste hereinzukommen. Andererseits ist das japanische Kapital nicht nur begrenzt, sondern wurde darüber hinaus - wie wir gesehen haben - durch die jüngste Krise und das unumgängliche sofortige Engagement in Nothost verringert. Hinzu kommt, dass eine solide Währungsreserve immer zur Verfügung stehen muss, um einen Mindestkurs des Yen zu stützen. Eine starke Entwertung würde, mehr als die Exporte begünstigen, die Rohstoffpreise (die international in Dollar ausgedrückt werden) in Landeswährung erhöhen und Expansionspläne selbst schwieriger machen. Angesichts der Unmöglichkeit einer vollkommen selbständigen Aktion muss sich Japan also damit abfinden, eine amerikanische Beteiligung zu fordern - und muss sogar immer wieder darauf bestehen, denn das amerikanische Parlament verpasst es nicht, sich bitten zu lassen. Man erreicht somit einen Rahmenvertrag ~~NU~~ DRIFT für das Metan: US\$ 3,4 Milliarden werden innerhalb zwei Jahren in Sibirien von Japanern und Amerikanern zu je 50% investiert, in den Gebieten die sich reich an Vorkommen erweisen. Es versteht sich von selbst, dass, wenn die amerikanische Weltmacht einmal direkt mitspielt, sie auch den Rahm abschöpfen wird; japanische Geschäftsmacher machen sich bereits haufenweise auf die Beine, um in Übersee Bericht zu erstatten.

Die ganze Operation hat auch eine unmittelbare politische Folge für das empfindliche Gebiet des Fernen Ostens. Eine der grössten Schwierigkeiten für die Japaner scheint in der russischen Forderung zu liegen, mehr als die übliche Pipeline auch eine zweite transsibirische Eisenbahn zu finanzieren. Das russische Bestreben ist klar und, wir würden fast sagen, "natürlich": Der Ausbeutung der östlichen Grenzgebiete muss deren engere Verbindung mit dem Moskauer Zentrum entsprechen, und das vor allem vom militärischen Standpunkt aus. Eben deshalb würde die neue transsibirische Eisenbahn auch eine vorherrschende strategische Bedeutung haben. Die japanische Verlegenheit liegt ganz in der Schwierigkeit, das Spiel in Osten zu spielen, ohne eine angemessene materielle Macht zu besitzen: das Problem ist, in die Transsibirische zu investieren und gleichzeitig den Bruch mit einem China zu vermeiden, das sich selbstverständlich an den Grenzen bedroht fühlt, mit dem aber andererseits Verträge für Millionen Erdöltonnen bereits laufen. Auch hier wird eine Lösung verlangt, die den status quo gegen die unvermeidlichen Gleichgewichtsstörungen garantiert, die eine wirtschaftliche Entwicklung in Sibirien dem Kräfteverhältnis zufügen wird. Auch hier wird die Einschaltung der USA laut von allen Beteiligten verlangt, denn keiner

von ihnen hat die Kraft, den anderen das EIGENE "Gleichgewicht" aufzuzwingen. Schliesslich bekommt Japan mit der amerikanischen Präsenz eine indirekte Sicherheit für die eigenen Interessen: zum Beispiel die Sicherheit, dass die UdSSR nicht einseitig andere Gewaltmassnahmen durchsetzen kann wie die von vorigen Dezember, als der Erdgaspreis für bereits laufende Lieferungen um 50% erhöht wurde.

Die Schlussfolgerung lautet, dass der Weg nach Subitien und besonders der Weg zum LÖSSEL inner noch über Washington führt. Fukuda, der Finanzminister, hat sie in wesentlichem auch gezogen, als er die Furcht vor den Risiken einer unabhängigen Land von von unabhängig, wenn nicht von dem USA's) Auslandsexpansion zum Ausdruck brachte, die die Konkurrenz Japans zu den anderen Ländern (zu welchen, wenn nicht wieder in erster Linie die USA?) zuspitzen würde. Die Regierung Tanaka schwankt in einem schwierigen Gleichgewicht zwischen Bestrebungen und Wirklichkeit des kaum wiedererstehenden japanischen Imperialismus.

Das Gleichgewicht in Fernost stützt sich also auf die Säule der amerikanischen Herrschaft. Die historischen Rivalitäten zwischen den drei Hauptfiguren der Konfrontation in Fernost wenden sich heute immer noch zum Vorteil der USA, deren Rolle als internationaler Polizist, weit davon entfernt, in Frage gestellt zu werden, bestätigt und von allen weiterhin benötigt und gefordert wird. Besonders was Japan anbelangt, muss die Entwicklung seines Kapitalismus noch in Schatten der amerikanischen Schutzmacht vor sich gehen, und wenn dieser Schutz heute viel teurer ist, hat Japan nicht die Macht, die Zahlung des Wechsels zu verweigern, sondern muss zu der Unterschrift stehen, zu der es mit der Kriegsniederlage gezwungen wurde.

Es wäre aber schematisch und falsch, die Sache in den Rahmen einer UNANTASTBAREN Vorherrschaft der USA zu schliessen. So wie er sich bis heute entwickeln konnte, wird sich der japanische Kapitalismus weiter entwickeln. Wenn der amerikanische Druck anfängt, zu schwer zu werden, und wenn die Entwicklung nicht mehr so reibungslos wie früher läuft, ist es eben, weil in einem gewissen Masse das amerikanische Monstrum in Atemnot gerät und weil die plötzlichen Auflehnungen der japanischen Bourgeoisie - auch wenn sie noch so ohnmächtig sein mögen - gerade das immer lebendigere Bedürfnis und die Notwendigkeit widerspiegeln, sich von ihm loszulösen.

Uns geht es darum, festzustellen, dass es keine friedliche Lösung der imperialistischen Gegensätze gibt noch jemals geben kann, weder in Sinne, dass der grössere Imperialismus ohne zu den Waffen zu greifen auf seine Vorherrschaft zu Gunsten der aufkommenden gegnerischen Mächte verzichtet, noch in dem Sinne, dass diese Vorherrschaft auf die Dauer dazu bestimmt ist, einen unbeschränkten Frieden zwischen den

Staaten und in den Staaten in idyllischen und abstossenden Rahmen eines unmöglichen "Superimperialismus" zu verwirklichen.

In Tokyo und in ganz Japan gab es Ende März und in April den ausgedehnten Streik für die jährliche Lohnerhöhung; einen Streik, den die Gewerkschaften - gut 64 in diesem glücklichen Land - für "unvermeidlich" hielten, um zu einer Einigung mit der Regierung zu kommen. Den Arbeitern der Grossindustrie wurde bald eine Erhöhung von 31%, den Staatlichen von 27% gegeben. Die ganze Masse von 23 Millionen Arbeitern der winzigen Kleinbetriebe jedoch, sowie die mehr als 20 Millionen Heimarbeiter haben nicht die Lohnerhöhungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Grossindustrie erhalten; letztere bilden vergleichsweise eine Arbeitsaristokratie.

Diese äusserste Zersplitterung des Proletariats, verbunden mit der erschöpfenden Ausbeutung der Heimarbeiter - Wunde auch des modernsten Kapitalismus - und mit der intensiven Ausbeutung in den Grossbetrieben ist die wahre Grundlage des Burgfriedens und der wirtschaftlichen Blüte Japans. Diese riesige Masse von Proletariern kann gut das Almosen einer prompt gegebenen und noch schneller wieder zunichte gemachten Lohnerhöhung erhalten (im Jahre, das mit April 74 abschliesst, stiegen die Preise um 24%) - sie wird aber niemals von den bestehenden Organisationen einheitlich zum Kampf geführt werden.

Die Krise in den Beziehungen zwischen den Staaten, die sich am Horizont abzeichnet, ist dieselbe, die die fiktiven Reserven der oberen Schichten des Proletariats verschlingen und die ganze Klasse in die krasseste Unsicherheit des Lebens mit drohendem und offenem Elend zurückstossen wird; dieselbe Krise, die innerhalb jedes Landes die objektiven Voraussetzungen für das gewaltsame Wiederauflodern des Klassenkampfes schaffen wird, und somit für den Kampf für die revolutionäre Perspektive des KRIEGES ZWISCHEN DEN KLASSEN und gegen die bürgerliche Perspektive der nationalen Solidarität für den KRIEG ZWISCHEN DEN STAATEN. Wesentlich für die Ausnützung dieser objektiven Voraussetzungen ist der Eingriff der Kommunisten, um eine Avantgarde des Proletariats - in Japan und überall - auf der Grundlage des revolutionären Programms in Klassenpartei zu organisieren.
